
QUERDENKEN

711 – Stuttgart

PRESSEMITTEILUNG

Wir widersprechen! Diskussionspapier („Studie“) belegt angeblichen Zusammenhang zwischen Querdenken-Demonstrationen und erhöhten Infektionszahlen

Stuttgart/11.02.2021: Einem Diskussionspapier („Studie“) zufolge kommt es nach Querdenken-Demonstrationen zu erhöhten Infektionszahlen. Die beiden wissenschaftlichen Einrichtungen beziehen sich hierbei auf zwei Demonstrationen aus Leipzig und Berlin im vergangenen Jahr. Die „Studie“ weist massive wissenschaftliche Mängel auf und dient zur Diffamierung der Querdenken-Initiative.

Die Studie die keine Studie ist

Aus einer am 9.2. veröffentlichten „Studie“ des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) geht hervor, dass die Querdenken-Demonstrationen im November und Dezember 2020 in Leipzig und Berlin scheinbar zu einem erhöhten Infektionsgeschehen beigetragen hätten. Untersucht wurde hierbei die An- und Abreise der Demonstrationsteilnehmer mit dem Busunternehmen „Honk for Hope“ und die jeweiligen Städte, in welchen Haltestellen zum Ein- und Ausstieg in den Bus angeboten wurden. Die Forscher konnten dabei feststellen, dass die Orte, an denen die Busse hielten, nach den Demonstrationen ein erhöhtes Infektionsgeschehen aufzuweisen hatten. Hieraus wird der Schluss gezogen, dass die Teilnehmer der Demonstrationen kausal für das erhöhte Infektionsgeschehen verantwortlich seien.

Seit der Veröffentlichung der „Studie“ überschlugen sich die Pressemeldungen, der *Tagesspiegel* titelte beispielsweise: „Studie aus

Berlin und -Mannheim: Querdenken-Demos für bis zu 21.000 Infektionen verantwortlich“. Auch die Tagesschau meldete sich zu Wort und schrieb: „Mehr Infektionen durch „Querdenken“-Demos“.

Die „Studie“ ist aus mehrfacher Hinsicht nicht nur eine Farce und ein Armutszeugnis der beiden wissenschaftlichen Institutionen, sondern auch eine gezielte Kampagne zur Diffamierung der Querdenken-Bewegung. Doch der Reihe nach: Die „Studie“ ist als solche nicht zu bezeichnen, da sie den nötigen wissenschaftlichen Standards hierfür nicht entspricht. Sie ist als „Diskussionspapier“ betitelt und als solches auch klar gekennzeichnet. Sie wurde weder von Medizinern noch von Statistikern durchgeführt und auch nicht „peer-reviewed“ oder als eine „Preprint-Publikation“ gekennzeichnet und verstößt damit gegen grundlegende wissenschaftliche Standards. Auch eine Kooperation zwischen dem EZW und der Humboldt-Universität ist nicht ersichtlich, außer dass einer der beiden Verfasser an der Universität als Wissenschaftlicher Mitarbeiter angestellt ist. Auf Nachfrage von Reitschuster.de bei der Humboldt-Universität auf deren Mitwirkung an der „Studie“, antwortete die Pressestelle: „Die Medien zitieren absolut korrekt, wenn sie schreiben:“...Dies zeigt eine aktuelle Studie des ZEW Mannheim und der Humboldt-Universität zu Berlin“ (...) Deshalb wäre es falsch, die Studie allein der Humboldt-Universität zuzuschreiben, aber mitgewirkt hat sie über den Co-Autoren schon“. Wir lernen also dazu: Es reicht die Mitarbeit eines Wissenschaftlers an einer Studie bereits dazu aus, um diese der eigenen Organisation zuzuschreiben, interessant...

Staatlich finanzierte Wissenschaft

Die beiden Verfasser der Studie haben mit medizinischen Sachverhalten so viel gemein wie ein Lockdown mit dem Grundgesetz: Nichts. Dr. Martin Lange ist seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEW und forscht dort zu den Themen „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“ mit dem Forschungsschwerpunkt „Integration in Arbeitsmärkte“. Nummer zwei im Felde der Spitzenmediziner ist Dr. Ole Monscheuer, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HU, wobei er zu „Labor Economics, Economics of Migration, Applied Microeconometrics“ forscht. Diese beiden „Experten“ haben ein rund 48-seitiges Diskussionspapier (keine Studie) veröffentlicht, in welcher sie 76 mal den Begriff „Corona-Leugner“ („Covid-19 denier“) verwendet haben. Ob

dies ein wissenschaftlicher Terminus ist, der als Zuschreibung des Untersuchungsobjektes dienlich ist, ist zumindest zweifelhaft. Auch die wissenschaftliche Maxime der Neutralität ist durch derartige Bezeichnungen nicht gegeben. Die Tendenziösität des Dokuments verwundert dennoch nicht, wenn man sich die Finanzierung der ZEW genauer betrachtet: Zu 61% wird die Einrichtung aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg finanziert sowie zu 36% aus Drittmitteln. Wir haben es hier also mit einer steuerfinanzierten Einrichtung zu tun, die zu großen Teilen von Staatsgeldern gefördert wird. Aufgrund der verwendeten Begriffe, der einseitigen Vorgehensweise und dem Fakt, dass es sich bei der durchführenden Organisation um eine quasi-staatliche Einrichtung handelt, lässt sich darauf schließen, dass es sich nicht um eine wissenschaftliche Ausarbeitung handelt, sondern um ein politisch beauftragtes Papier. Wir verweisen hier darauf, dass das Innenministerium zu Beginn der Pandemie laut Recherchen der *WELT* führende Wissenschaftler eingespannt hat, um die Maßnahmen unter dem Deckmantel der „Wissenschaft“ öffentlich rechtfertigen zu können. Die zeitliche Korrelation dieser beiden Ereignisse ist zumindest interessant und lässt den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Diskussionspapiers in einem anderen Licht erscheinen; die Ablenkung auf den missliebigen politischen Gegner ist ein bewährtes Mittel.

Keine Evidenz für erhöhtes Infektionsgeschehen durch Demonstrationen

Wir verweisen auch erneut darauf, dass bisher kein von uns angefragtes Gesundheitsamt bestätigen konnte, dass ein Zusammenhang zwischen den Demonstrationen und den Infektionszahlen vorliegt. Ebenso betonen tatsächliche Experten wie der Virologe Hendrick Streeck immer wieder, dass die Infektionsgefahr im Freien äußerst gering ist. Unter den genannten Aspekten ist die „wissenschaftliche Studie“ als eine PR-Aktion der Bundesregierung einzuordnen, die jedoch so schlecht inszeniert ist, dass es jedem wissenschaftlich denkenden Menschen klar erkennbar sein sollte, welche Strategie hinter dieser Publikation steckt. Es wäre die Aufgabe der Medien und der Journalisten in diesem Lande dieses pseudo-wissenschaftliche Dokument als ein derartiges zu entlarven.

Rechtliche Schritte und Erinnerung an den Pressekodex

Wir werden Strafrechtsanwälte damit beauftragen, Martin Lange und Ole Monscheuer wegen Volksverhetzung anzuzeigen und bitten insbesondere Honk for Hope und die dazugehörigen Busunternehmer, sich daran zu beteiligen. Diesen gegenüber stellt es aus unserer Sicht eine Verleumdung dar, die zugleich zivilrechtlich mit einer Schadensersatzklage gegen die beiden Autoren verbunden sein sollte.

Zugleich werden wird das ZEW und die Humboldt Universität auffordern, arbeitsrechtliche Konsequenzen zu ziehen. Soweit die Humboldt Universität sich das Papier bereits zu eigen gemacht hat (<https://reitschuster.de/.../studie-zu-corona-protesten.../#>) werden die rechtlichen Konsequenzen auch auf diese ausgeweitet.

Zu versuchen, mit einer derart politisch motivierten Kampfschrift das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu bekämpfen, ist ein unwürdiges Schauspiel, dem wir sofort einen Riegel vorschieben werden.

Jedes Presseorgan, das aktuell noch schreibt: "Eine Studie hat bewiesen, dass...." äußert damit eine unwahre Tatsachenbehauptung. Positiv an dieser Studie ist, dass wir hierdurch einen historischen Nachweis haben, dass ein Großteil der Leitmedien nicht mehr im Rahmen des Pressekodex, sondern nur noch als Propagandorgane arbeiten.

Am Ende dieser Pressemitteilung möchten wir noch auf folgende Gesetzesentwürfe hinweisen:

GEPLANTE GESETZESÄNDERUNGEN

Änderung Bundeswahlgesetz - Ausschussdrucksache: 19(14)197(2)

Vorgeschlagen wird einer neuer § 52 Abs. 4 BWahlG, der das Bundesministerium des Innern ermächtigen soll, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen zu ermöglichen.

Verschiebung der Bundestagswahl - Aktenzeichen: WD 3 - 3000 - 183/20

„Verschiebung der Bundestagswahl - Verfassungsrechtliche Aspekte und Konsequenzen“

Ansprechpartner

presse@querdenken-711.de

Bitte nutzen Sie für Presse-/Interview-Anfragen dieses Formular:

<https://bit.ly/3d98Cyg>

Weitere Informationen

www.querdenken-711.de